



Bild: Shutterstock.com



Emil Sänze: „Die Bürger wollen wissen, wie viele Migranten aus kulturfremden Nationen sie noch aufnehmen sollen, warum abgelehnte und kriminelle Asylbewerber nicht konsequent abgeschoben werden und ob das bereits jetzt spürbare Chaos vielleicht erst der Anfang von dem ist, was uns noch bevorsteht?“

Explosion der Flüchtlingskosten in den Billionenbereich

Für blankes Entsetzen bei deutschen Steuerzahlern dürften die zu erwartenden Kosten für die bisherige Flüchtlingskrise sorgen, die Dr. Wolfgang Bok, Dozent für „Strategische Kommunikation“ an der Hochschule Heilbronn, in einem Interview mit der renommierten „Neuen Zürcher Zeitung“ prognostiziert. Bei schätzungsweise zwei Millionen Zugewanderten bis Ende 2018 würden sich die lebenslangen Kosten für diese weitgehend integrationsunfähige Personengruppe auf mindestens 900 Milliarden Euro summieren, wie Bok einräumt (Anm.: 120 Milliarden davon allein aus Baden-Württemberg). „Jeder einzelne der derzeit etwa 44,21 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland müsste also finanziell mit durchschnittlich 20.385 Euro für die Flutung unseres Landes mit Asylbewerbern einstehen – und das ist nur die Spitze des Eisbergs, wenn nicht unverzüglich die europäischen Außengrenzen hermetisch abgeriegelt und weitere Flüchtlingsströme aus Afrika und Asien unterbunden werden, wie es die AfD seit ihrer Gründung mit Nachdruck fordert“, erläutert AfD-Landtagsabgeordneter Emil Sänze.

Jeder Flüchtling kostet den Steuerzahler im Lauf seines Lebens eine knappe halbe Million Euro

Die Schätzung in Höhe von 900 Milliarden Euro basiert auf einem Gutachten des Finanzwissenschaftlers Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, der wegen des geringen Bildungsniveaus davon ausgeht, „dass jeder Flüchtling in seiner Lebenszeit per saldo 450.000 Euro kostet“. Bei einer Quote von 59 Prozent ohne Schulabschluss und zahllosen Analphabeten sind nur 13 Prozent der Flüchtlinge erwerbsfähig, und das zumeist nur als Hilfskräfte. Wegen der vielen zu erwartenden Langzeitarbeitslosen steht ein zusätzlicher Kostenanstieg zu befürchten. Für einen einzelnen unbegleiteten jugendlichen Migranten werden sogar bis zu 5000 Euro im Monat veranschlagt.

Es brodeln und rumort gewaltig

Unter dem Firmis der ökonomischen Zufriedenheit würde es gewaltig „brodeln und rumoren“, wie es in dieser Heftigkeit noch nie feststellbar gewesen sei, hatte das auf so genannte Tiefeninterviews spezialisierte Rheingold-Institut ermittelt. „Es ist höchst unseriös von der Bundesregierung und den ‚Altparteien‘, die Flüchtlingskrise als ‚bewältigt‘ zu propagieren und als vermeintlich rechtes ‚Tabuthema‘ komplett zu ignorieren“, betont Emil Sänze. „Nach wie vor steht die Flüchtlingskrise und deren Folgen wie die bis zum Zerreißen gespannten sozialen Netze, die steigende Kriminalität und die offensichtliche Islamisierung bei den deutschen Bürgern ganz oben auf der Agenda der Probleme, die in Europa bewältigt werden müssen. Die Menschen wollen endlich Antworten auf ihre Fragen und praktikable Lösungsansätze für ihre Sorgen und Nöte. Pauschales Geschwätz wie ‚Der Islam gehört zu Deutschland‘ oder die Ankündigung eines Familiennachzugs für 390.000 Syrer helfen niemand weiter und verschärfen die Situation!“



IMPRESSUM

INFOS

AUS DEM LANDTAG

erscheint einmal im Monat und wird herausgegeben von der Fraktion der Alternative für Deutschland im Landtag von Baden-Württemberg. V.i.S.d.P. Emil Sänze, AfD-Fraktion, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart, Fax: 0711/2063-145660, www.afd-fraktion-bw.de, www.facebook.com/AfDFraktionBW



INFOS

AUS DEM LANDTAG

AUSGABE 6

September 2017



Asylbewerber sind Patienten erster Klasse

Bild: Shutterstock.com

„Asylbewerber genießen bei der Gesundheitsversorgung gegenüber gesetzlich Versicherten ungeahnte Privilegien“, sagt die AfD-Abgeordnete Dr. Christina Baum. Die Landesregierung bestätigte, dass Arznei- und Heilmittel, die Asylbewerbern verordnet werden, nicht unter das Wirtschaftlichkeitsgebot der Arztpraxen fallen! Die Ärzte müssen also keine Prüfung durch die Krankenkassen fürchten, wenn sie zu viel Arzneimittel verordnen.

Arzneimittel: Weder Wirtschaftlichkeitsgebot noch Zuzahlungen

„Sogar Zuzahlungen für Arzneimittel oder Krankenhausbehandlungen bleiben Asylbewerbern nach dieser Auskunft erspart, im Gegensatz zu gesetzlich Versicherten, beziehungsweise Empfängern von ‚Hartz-4‘ oder Sozialhilfe“, bemerkt Baum kritisch, die selbst als Zahnärztin praktiziert. Für Asylbewerber werden diese Kosten von den Leistungsträgern nach wie vor direkt mit den Sozialämtern abgerechnet.

Zahnersatz: Kein Luxus, aber weder Eigenanteile noch Zuzahlungen

Hinsichtlich Zahnersatz sind Asylbewerber ebenfalls von allen Zuzahlungen oder Eigenanteilen

befreit, im Gegensatz etwa zu Empfängern von Grundsicherungsleistungen. Die Gesamtkosten könnten sich nach Angaben der „Stuttgarter Nachrichten“ auf mehrere Milliarden Euro summieren, die der Steuerzahler tragen muss.

Arztbesuche – je mehr, desto besser

Am Ende erfolgt die Abrechnung von Arztbesuchen der Asylbewerber außerhalb der sogenannten „morbiditybedingten Gesamtvergütung“. Das bedeutet: Für jede Behandlung im Quartal kann der Arzt eine volle Vergütung nach den jeweiligen Verträgen berechnen, während bei Kassenpatienten eine Quartalsbudgetierung greift, so dass er pro Patient umso weniger verdient, je öfter der Patient im Quartal erscheint. „Mit anderen Worten: Je seltener der Kassenpatient erscheint, desto besser für den Arzt – aber umgekehrt bei Asylbewerbern. Wenn die etablierten Parteien wieder einmal ‚fehlende soziale Gerechtigkeit‘ in Deutschland beklagen“, so Dr. Christina Baum, „sollten sie nach meiner Meinung damit beginnen, Mißstände dieser Art auszumerzen. Ich halte es für empörend, dass Menschen, die gegebenenfalls ihr Leben lang Krankenkassenbeiträge bezahlt haben, schlechter gestellt werden, als Millionen Menschen, die noch nie zum Sozialsystem beitragen.“

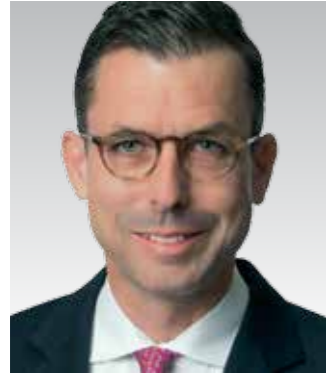


Liebe Leser,

der Ton wird rauer. Hass Tiraden, Verunglimpfungen, Gewaltandrohung gegen Sympathisanten der AfD werden nicht nur im Netz, sondern auch auf Marktplätzen, im Parlament, in der ganzen Republik alltäglich. Beschleunigt wird diese Entwicklung durch das Verhalten unserer politischen Kaste (vgl. Seite 3: Strafantrag: „Nazis im Bundestag“). Gewürzt mit mancher Abwertung Andersdenkender, fühlt sich auch das sogenannte Establishments befleißigt, den Ton zu verschärfen, so zuletzt die Konzernchefs von VW und Siemens. Was den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg dazu veranlasst hat, die Wähler der AfD als Bodensatz zu bezeichnen, kann nur als Rückfall in seine kommunistische Vergangenheit bewertet werden. Wer einen Diskurs der Abgrenzung pflegt, der schafft die Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihren Hass ausleben. Einer Demokratie ist das wahrlich unwürdig.

Ihr Emil Sänze
stv. Fraktionsvorsitzender





Der AfD-Landtagsabgeordnete Lars Patrick Berg wirft der Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmann Unkenntnis über Vorgänge in den eigenen Reihen vor. Berg fordert vollkommene Transparenz über Verbindungen in linksextreme Strukturen und eine offene Aufarbeitung der Vorgänge rund um den G20-Gipfel in Hamburg.

Die Grünen und der Extremismus



In Hamburg haben Linksextremisten anlässlich des G20-Gipfels Bündnisse mit anderen Gruppierungen gegründet. An diesen beteiligte sich auch die Grüne Jugend Baden-Württemberg, also die Parteijugend des Ministerpräsidenten, ebenso, wie die zum gewaltorientierten „Schwarzen Block“ gehörende „Revolutionäre Aktion Stuttgart“. Die Grüne Jugend marschierte also zumindest im Geiste mit denen mit, die in Hamburg zerstört, geplün-

dert, gebrandschatzt und Polizisten verletzt haben. Doch wie die Antwort auf einen Antrag nun ergab, ist den baden-württembergischen Behörden nicht bekannt, ob gegen Mitglieder der genannten Organisationen in diesem Zusammenhang strafrechtliche Ermittlungsverfahrenanhängig sind, zumal der insoweit in Betracht kommende Personenkreis namentlich auch

nicht bekannt sei. Das ist mager für eine Landesregierung, die offenbar nicht weiß oder wissen will, was die eigene Parteijugend treibt und mit wem diese politisch ins Bett steigt. Bezeichnend ist da die Aussage, man wisse nicht, ob sich die Grüne Jugend nach den gewalttätigen Ausschreitungen bedauernd, distanzierend oder Mitgefühl den verletzten Polizisten ausdrückend geäußert hat. Das ist eine moralische Bankrotterklärung!

E-Mobilität könnte Steuern weiter erhöhen.



Stefan Herre: „Da man nur schwer zwischen dem Strom für den Hausgebrauch und dem Strom für ein Kraftfahrzeug unterscheiden kann, wird natürlich auch der gewöhnliche Verbrauchstrom wesentlich teurer werden. Vermutlich so teuer, dass er für viele bald zum Luxusgut wird.“

Die Diskussionen der letzten Monate um die Elektromobilität, vor allem ausgelöst durch die Forderungen der wirtschaftsfernen Grünen, verkennen einen wesentlichen Punkt: die Energiesteuer, ehemals Mineralölsteuer. Der Balingener AfD-Abgeordnete Stefan Herre ahnt, welche Folgen die Abschaffung von Diesel- und Benzin-Fahrzeugen haben wird: „Fünfzehn Prozent der Steuereinnahmen bezieht der Staat aktuell aus der Energiesteuer. Woher soll dieser große Posten zukünftig kommen, wenn der Verbrennungsmotor abgeschafft wird? Es ist offensichtlich: Die Steuern auf den Strom werden sich dramatisch erhöhen. Anders ist dieser ideologische Wahnsinn nicht zu finanzieren.“

Wenn die Mineralölsteuer wegfällt, wird der Staat neue Einnahmequellen suchen

Auf Benzin entfallen rund 66 Cent pro Liter Steuern, bei Diesel sind es immer noch 47 Cent. Der Staat nahm im letzten Jahr 40 Milliarden Euro über den Verkauf von Kraftstoffen ein. Darin enthalten ist die Ökosteuern, aber nicht die Mehrwertsteuer, die auf die Mineralölsteuer zusätzlich

kassiert wird. Fallen diese Steuereinnahmen nun weg, werde die Regierung neue Einnahmequellen suchen. „Die logische Folge wird sein, dass der Strom enorm besteuert wird“, mahnt Herre.

Täuschung des Bürgers

Derzeit sind Elektroautos von der geplanten Pkw-Maut befreit. „Auch das wird so auf Dauer nicht haltbar sein, wenn es nach den Wunschträumen der Grünen geht, die alle Autos mit Verbrennungsmotoren von den Straßen verbannen wollen“, erinnert Stefan Herre. „Zudem sind Elektroautos zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Ich bin mir sicher, dass sich das ebenfalls bald ändern wird.“ Der AfD-Abgeordnete warnt erneut davor, sich zu schnell und ohne sich weitreichende Gedanken gemacht zu haben, vom Diesel und in der Folge vom Benzin zu distanzieren. „Der Bürger wird getäuscht. Man gaukelt ihm vor, mit der Elektromobilität die Lösung für die Feinstaubbelastung gefunden zu haben. Man appelliert an sein Umweltbewusstsein. Aber so wie es derzeit aussieht, will man ihm vor allem ans Portemonnaie. Einer muss die Zeche ja zahlen.“

STRAFANTRAG: „NAZIS IM BUNDESTAG“



Der Abgeordnete Dr. Rainer Podeswa stellt Strafantrag gegen Sigmar Gabriel wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede bei der Staatsanwaltschaft Berlin.

In einem am Montag, 11. September 2017, veröffentlichten Interview mit t-online.de bezeichnet der SPD-Vizebundeskanzler und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Sigmar Gabriel AfD-Abgeordnete als Nazis. „Dann haben wir zum ersten Mal nach Ende des Zweiten Weltkriegs im deutschen Reichstag wieder echte Nazis.“, sagte er in dem Interview wohl aus Enttäuschung über die exzellenten Umfragewerte für die AfD und den bevorstehenden Einzug der AfD in den Bundestag.

Äußerungen Gabriels eines Vizekanzlers und Außenministers unwürdig

„Auch wenn die Alternative für Deutschland, die aufgrund des demokratischen Wählerwillens in 13 Länderparlamenten vertreten ist und nicht nur in Baden-Württemberg die größte Oppositionsfraktion bildet, in den vergangenen vier Jahren regelmäßig mit derartigen Vorwürfen in den Medien konfron-

tiert wurde, die jeder sachlichen Grundlage entbehren, überschreiten die wider besseren Wissens getroffenen Aussagen von Sigmar Gabriel das hinnehmbare Maß allerdings um Größenordnungen“, begründet Rainer Podeswa die Entscheidung.

19 ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete mit NSDAP-Parteibuch

„Wüste Beschimpfungen und die Diffamierung von Andersdenkenden bringen uns nicht weiter, wenn wir unser Heimatland vor negativen Einflüssen schützen und weiter voranbringen wollen“, so Dr. Podeswa. „Davon einmal abgesehen, dass gerade die SPD den Ball ganz flach halten sollte, wenn es um Vergleiche mit der Nazizeit geht. Nachweislich haben die deutschen Sozialdemokraten 19 (!) Abgeordnete in die bisherigen Bundestage entsendet, die Mitglieder von NSDAP, SA oder SS waren!“



Angesichts der massiven Kritik, die die Naturschutzverbände NABU, BUND und LNV an den Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windparks erheben, fordern die AfD-Landtagsabgeordneten Dr. Bernd Grimmer und Klaus-Günther Voigtmann (Bild) von Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) eine vollständige Freigabe aller Gutachten, die im vergangenen Jahr die rechtliche Grundlage für die Genehmigung von Windkraftanlagen bildeten.

Bei Windkraftanlagen siegen ideologische Wunschvorstellungen

„Wenn die Umweltverbände nach Prüfung von vom Land beauftragten Gutachten feststellen, dass keines die gesetzlichen Vorgaben für Genehmigungsverfahren erfüllt, die Genehmigungen aber trotzdem erteilt werden, grenzt das an Rechtsbeugung“, so Klaus-Günther Voigtmann, umweltpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Offensichtlich sind die rechtlichen Grundlagen der Genehmigungen so tragfähig wie die Bahngleise über dem Rastatter Tunnel.“

BUND verweist auf zu wenige und zudem ungeschulte Mitarbeiter als Ursache und fragt, ob überhaupt der „Wille der Landräte“ vorhanden gewesen sei, die Expertisen zu prüfen und schlechte Gutachten zurückzuweisen. Trotz dieser mangelhaften Gutachten möchte Dr. Gerhard Bronner, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes, die Einzelergebnisse nicht veröffentlichen, weil er „manche Windkraft-Projekte trotzdem gut findet...“

Wesentliche Grundlage für die Genehmigungen bestenfalls mangelhaft

Noch im November und Dezember 2016 waren 45 dieser Genehmigungen in 33 Verfahren erteilt worden. Die Naturschutzverbände haben sich nach eigenen Angaben 24 der den Genehmigungen zugrundeliegenden Gutachten zusenden lassen und acht davon stichprobenartig überprüft. Das Resultat war erschreckend: Keines der Gutachten erfüllte alle Vorgaben der LUBW auch nur annähernd. Damit sei „die wesentliche Grundlage für die Genehmigungen“ bestenfalls mangelhaft, empörte sich Dr. Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des BUND in Baden-Württemberg, zu recht und warf den Gutachtern mangelnde Sorgfalt vor. Offensichtlich seien die Gutachten auf den Landratsämtern nicht auf die Einhaltung der Vorgaben der LUBW geprüft worden. Der

Prüfung der restlichen 37 Genehmigungen ist unausweichlich

AfD-Landtagsabgeordneter Dr. Bernd Grimmer unterstreicht: „Damit ist klar: Im Windkraft-Genemigungs-Boom in der zweiten Jahreshälfte 2016 wurden weitgehend alle Gutachten und Genehmigungsanträge durchgewunken. Das heißt aber auch: Für die geprüften acht Verfahren ist die wesentliche Rechtsgrundlage definitiv nicht gegeben; eine Prüfung der restlichen 37 Genehmigungen ist unausweichlich!“ Die AfD sieht damit alle ihre Befürchtungen bestätigt und dankt den vielen Bürgerinitiativen gegen Windkraft für deren beharrlichen Kampf. Beim grünen Umweltminister Franz Untersteller haben offenbar die ideologischen Wunschvorstellungen über Vernunft und Recht gesiegt!“, so Voigtmann abschließend.